

**Referat Fabio Regazzi, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband,
Nationalrat «die Mitte»**

Sehr geehrte Medienschaffende

Als Parlamentarier und Mitglied der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben muss ich feststellen, dass in der Politik die Bedeutung der Wirtschaft immer mehr in Frage gestellt wird. Allzu oft wird stattdessen im Sinne eines Allerheilmittels auf den Staat gesetzt. Als Präsident unseres Familienunternehmens, dies in dritter Generation, weiss ich wie wichtig eigenverantwortliches Unternehmertum für den Erfolg ist. Und dieser Erfolg erhält Arbeitsplätze und somit den Wohlstand der Bevölkerung. Wir alle sind Wirtschaft! Deshalb ist der Schulterschluss der Dachverbände so eminent wichtig. Will die Wirtschaft Mehrheiten für ihre Anliegen gewinnen, muss sie mit geeinter Stimme auftreten, ihre Prioritäten abstimmen und klar, glaubwürdig handeln und kommunizieren. Wir müssen wieder ein Gegengewicht zu den linken Parteien bilden, der Wirtschaft eine starke Stimme verleihen. Wir alle sind Wirtschaft und das Rückgrat der Wirtschaft sind bekanntlich die KMU. Diese Aussage ist nicht nur pointiert, sondern sie ist auch Fakt. KMU spielen eine wichtige und vielfältige Rolle in der Schweizer Wirtschaft. Dabei beschränkt sich ihre Wichtigkeit nicht alleine darauf, dass sie über 99 Prozent aller Firmen ausmachen. Mit 68 Prozent aller Arbeitnehmenden sind die KMU auch der grösste Arbeitgeber. Und mit einem ebenso hohen Prozentanteil an allen Lernenden, sind die KMU auch Garant für eine funktionierende Ausbildung in der Schweizer Wirtschaft. Ein entscheidender Faktor der Schweizer Wirtschaft ist das Zusammenspiel von Grosskonzernen oder Unternehmen und KMU. Eine gemeinsame wirtschaftspolitische Agenda ist daher für alle ein Ausgangspunkt für gemeinsame Anliegen in den politischen Prozess einzubringen.

KMU sind inhaber- oder inhaberin-getriebene Unternehmen. Je nach Persönlichkeit der Unternehmerin oder des Unternehmers sieht die ganze Firma völlig anders aus. Das typische KMU existiert nicht. KMU sind in allen Branchen vertreten. Im sgv ist deshalb mit all seinen Mitgliedern die ganze Breite der Schweizer

Wirtschaft organisiert. Der sgv vertritt nebst den produzierenden Branchen wie die Baubranche oder die Maschinen- und Kunststoffindustrie auch die Dienstleistungsbranchen und darunter beispielsweise die Gesundheits- und IT-Branche und – das wird oft vergessen – auch der Finanzplatz.

Eine Mär hält sich hartnäckig in den Köpfen. Es ist die Mär von der Binnenorientierung der KMU. Auch KMU sind jedoch sowohl als Importeure als auch als Exporteure tätig. Fast 60 % des wertmässigen Importvolumens geht auf sie zurück. Bei den Exporten sind es immerhin fast die Hälfte. Für die KMU und die gesamte Wirtschaft ist der Zugang zum europäischen Binnenmarkt eminent wichtig. Längerfristig muss die Schweiz eine neue Grundlage für das Verhältnis zur EU vorbereiten. Es muss dabei nicht notwendigerweise ein neues Abkommen sein; auch ein bestehendes Abkommen kann um die für die EU wichtigen Punkte ausgebaut werden, ohne die roten Linien zu überschreiten. Es dürfen auf keinen Fall Kompromisse gemacht werden, welche die Eigenheiten der Schweizer Ordnungspolitik, der direkten Demokratie und des Föderalismus – kurz unsere Souveränität – nicht respektieren.

Die Schweiz muss aber auch die Chancen packen die Wirtschaftsbeziehungen auch ausserhalb der EU weiterzuentwickeln. Dies kann einerseits durch die Aushandlung oder Modernisierung von Freihandelsabkommen – hier sind USA, Mercosur, Indien und die Wachstumsmärkte in Far East prioritär – oder auch durch den Einbezug der Schweiz in regionale Kooperationen – etwa ASEAN Plus – geschehen.

Wir sind alle Wirtschaft: KMU und Grosskonzerne und ein Thema ist uns allen gemein: Wir alle leiden unter unnötigen Regulierungskosten. Die Unternehmen können diese Kosten als Fixkosten nicht beeinflussen. Je höher die Regulierungskosten sind, desto geringer ist die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Regulierungskosten schlagen sich daher auch direkt im Bruttoinlandsprodukt nieder. Auf der Grundlage einer Studie der Universität St. Gallen machen die Regulierungskosten rund 10% des BIP aus, was aktuell einer Gesamtsumme von etwa 70 Milliarden CHF pro Jahr entspricht.

Der Abbau von unnötigen Regulierungskosten ist Kerngeschäft des sgv und ein gesamt wirtschaftliches Anliegen, welches in der wirtschaftspolitischen Agenda zentral ist. Dank seiner beharrlichen Politik konnte der sgv in diesem Jahr in diesem Geschäft einen grossen Erfolg verbuchen. Mitte August endete die Vernehmlassung des Bundesrats zur Einführung der Regulierungskostenbremse und zum Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten. Die Vorschläge der Regierung entsprechen, der vom sgv konzipierten und von den bürgerlichen Parteien lancierten Regulierungskostenbremse. Sie unterstellt Vorlagen, welche Regulierungskosten von mehr als 100 Millionen Franken auslösen oder mehr als 10'000 Unternehmen betreffen dem qualitativen Mehr im Parlament.

Die Bekämpfung von unnötigen Regulierungskosten ist ein ordnungspolitisches Anliegen. Gemäss der Ordnungspolitik sind einige Sachen besser in der Verantwortung des Staates, während andere ohne Staat, das heisst von Privaten in privater Initiative und ohne staatliche Intervention erledigt werden. Der Staat soll nur in jenen Bereichen Regeln setzen und Aufgaben übernehmen, die tatsächlich eine gesamtgesellschaftliche Koordination brauchen und die er mit seinen Mitteln auch tatsächlich lösen kann. Dies entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, welches wir in der Agenda festgelegt haben.

Mobilität ist ein wichtiger Faktor für das Funktionieren der Wirtschaft und namentlich auch der KMU. Wir setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, welche die Stärken aller Transportmöglichkeiten sinnvoll miteinander verbindet und dabei insbesondere das Prinzip der freien Wahl des Verkehrsmittels gewährleistet. In der Agenda wird festgehalten, dass neue Steuern oder Abgaben wie etwa durch «Road Pricing» oder durch sogenannte «Umweltzonen» abzulehnen sind.

Auch die Digitalisierung kann als Chance für die Schweizer Wirtschaft gesehen werden. Sie ist hilfreich, wenn sie mit freiheitlichen Prinzipien verbunden ist und auf guten Infrastrukturen abgewickelt wird. Der sgv hat in den letzten Jahren die digitale Transformation ihrer Mitglieder unterstützt und die Digitalisierungsaffinität der KMU

grossgeschrieben. Um stets bereit für die Zukunft zu sein, muss dieser Prozess kontinuierlich erfolgen und breit abgestützt sein.

Lassen Sie mich abschliessend betonen, dass sich der sgv einer ordnungspolitischen Wirtschaftspolitik verpflichtet und diese konsequent im Sinne seiner Mitgliedorganisationen umsetzt. Dementsprechend tritt er im politischen Prozess hartnäckig auf. Die Wirtschaftspolitische Agenda liegt auf der strategischen Linie des sgv. Der sgv wird auch im Hinblick auf die Wahlen 2023 alles daransetzen, dass seine wirtschaftspolitische Stimme im Verbund mit den anderen Dachverbänden gehört wird.